

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wertzahlschein: Abonnementspreis 0,75 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Hrsg.-Büro).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 15 Pf., Familienanz. 15 Pf.,
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Reaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 16.

Berlin, Sonnabend, 25. Februar 1911.

Dreihundvierzigster Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis:

Der Kampf um die Privatangestellten-Versicherung.
— Wie stehen wir zum Vorkurs in der Arbeiterver-
sicherung? — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-
Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen.

Der Kampf um die Privatangestellten- Versicherung.

Der vom Reichsamt des Innern veröffentlichte Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte hat Stürme wilder Leidenschaft entfesselt. Was eine jahrelange Agitation der für den Ausbau des Invalidenversicherungsgesetzes eintretenden Verbände nicht erreichen konnte, das haben die nüchternen Zahlen und die hervorsteckendsten Mängel der Regierungsvorlage zustande gebracht. Die große Mehrheit der Privatangestellten will von einer Sonderversicherung nichts mehr wissen. Das zeigte deutlich der Verlauf der vom Hauptauschuss unter dem hochtönenden Namen „Dritter Deutscher Privatbeamtenstag“ zum 19. Februar nach Berlin einberufenen Versammlung. Die Regierungsvertreter und den Abgeordneten der verschiedenen Parteien, soweit diese an der vorgenannten Tagung des Hauptauschusses in der „Neuen Welt“ teilgenommen haben, muß es klar geworden sein, daß der Entwurf des Versicherungsgesetzes von den Angestellten verworfen wird. Daran ändert auch die Haltung derjenigen Verbandsleitungen nichts, die als freiwillige Regierungskommissare den Entwurf als brauchbare Grundlage bezeichnen und in ihrem Streben nach dem baldigen Zustandekommen des Gesetzes ihre Mitglieder irreleiten.

Unser „Verein der Deutschen Kaufleute“, der in dieser Frage mit der „Freien Vereinigung für die soziale Versicherung“ arbeitet, hat die Sonderversicherung der Privatangestellten nicht gewollt. Er fordert mit uns nach wie vor den Ausbau des jetzigen Invalidenversicherungsgesetzes, einmal aus Billigkeitsgründen, zum anderen aus sozialem Gerechtigkeitsgefühl. Bei einem Ausbau des Invalidenversicherungsgesetzes kann mit geringen Verwaltungskosten gerechnet werden. Ein bestehender Verwaltungskörper wird immer leichter in der Lage sein, neue Arbeiten billig mitzuerledigen, während die Schaffung eines ganz neuen Verwaltungsapparates teuer zu stehen kommen muß. Die Anhänger der Sonderkasse, die sich im Hauptauschuss unter Führung des Deutschnationalen Verbandes zusammengefunden haben, sollten doch nicht vergessen, daß bei einer besonderen Berücksichtigung der Privatangestellten durch eine besondere Versicherung auch die anderen Berufsstände unseres deutschen Vaterlandes das Recht auf die gleiche Versorgung haben. Die Sonderkasse verlagert dem Privatangestellten den Reichszuschuß, ganz mit Unrecht. Besteht doch heute schon für jeden Arbeiter, der mehr als 2000 Mark pro Jahr verdient, das Recht, im Pensionsfall den Reichszuschuß zu bekommen. Das gleiche Recht fordern die Privatangestellten, soweit sie für den Ausbau des Invalidenversicherungsgesetzes eintreten. Die Trennung der Arbeitnehmer nach Beruf und Einkommen erscheint wenig geeignet, die ohnehin schon bestehenden sozialen Gegensätze zu mildern.

Die Regierung steht aber dem Ausbau des Invalidenversicherungsgesetzes ablehnend gegenüber. Nicht die große Masse aller Arbeitnehmer soll die bessere Versorgung erhalten; den Privatangestellten allein will man ein Privilegium durch eine Sonderversicherung geben. Taktische Gründe allein sind maßgebend für die Haltung der Regierung und für die jetzige Vorlage des Entwurfs eines Versicherungsgesetzes für Angestellte. Das eine aber

kann heute schon gesagt werden: Eine Wahlparole für die Privatangestellten ist der Vorkurs dieses Gesetzes nicht. Der Sagenkreis, den man immer dichter um diese so lange erstrebte Versicherung wob, ist durch die rauhe Wirklichkeit zerfallen.

Was hatte man den Angestellten nicht alles versprochen! Pensionen wie die Staatsbeamten sollten sie erhalten, 75 Prozent vom höchsten Einkommen. Das war der Köder, mit welchem der Hauptauschuss die Masse der Privatangestellten an sich lockte. Als dann die Regierung zur Erfüllung ihrer Leistungen 19 Prozent des Gehalts als Prämie forderte, da ließ man mit sich handeln und begnügte sich mit zwei Dritteln vom durchschnittlichen Einkommen. Und was erleben wir jetzt? Ein Angestellter mit einem Einkommen von 125 bis 160 Mark pro Monat hat nach der Gehaltsklasse E monatlich 9,60 Mark aufzubringen. Die Hälfte davon soll der Arbeitgeber bezahlen. Nach zehnjähriger Wartezeit tritt die Bezugsberechtigung ein. Es ergeben sich dann im Vergleich zum jetzigen Invalidenversicherungsgesetz folgende Renten:

1. Bezahlte Beiträge nach 10 Jahren: a) Angestellten-Veri. 1152 Mk., b) Inv.-Veri. 180 Mk. Die jährliche Rente beträgt nach 10 Jahren: a) Angestellten-Veri. 288 Mk., b) Inv.-Veri. 210 Mk.
2. Bezahlte Beiträge nach 20 Jahren: a) Angestellten-Veri. 2304 Mk., b) Inv.-Veri. 360 Mk. Die jährliche Rente beträgt nach 20 Jahren: a) Angestellten-Veri. 432 Mk., b) Inv.-Veri. 275 Mk.
3. Bezahlte Beiträge nach 30 Jahren: a) Angestellten-Veri. 3456 Mk., b) Inv.-Veri. 540 Mk. Die jährliche Rente beträgt nach 30 Jahren: a) Angestellten-Veri. 576 Mk., b) Inv.-Veri. 337 Mk.
4. Bezahlte Beiträge nach 40 Jahren: a) Angestellten-Veri. 4608 Mk., b) Inv.-Veri. 720 Mk. Die jährliche Rente beträgt nach 40 Jahren: a) Angestellten-Veri. 720 Mk., b) Inv.-Veri. 390 Mk.

Die Witwenrente soll zwei Fünftel der Invalidenrente betragen, so daß die Witwe eines 10 Jahre Verheirateten einen Anspruch auf 115 Mark pro Jahr oder von 9,50 Mark pro Monat hat. Die Waisenrente ist gleich einem Fünftel der Witwenrente. Die Witwe erhält demnach 23 Mark pro Jahr oder 1,90 Mark pro Monat oder 6 Pf. pro Tag. Sind das Renten? — Zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig! Für diese Leistungen sind 1152 Mark Beitragseinzahlung die reinste Vermögenskonfiskation.

Das will der Hauptauschuss natürlich nicht eingestehen; deshalb rückt er mit verdächtigem Eifer die Renten nach 40jähriger Beitragszahlung in den Vordergrund, ja, er rechnet sogar mit 48 Dienstjahren. Und dann den Unfug, auch die Witwenrenten und die Waisengelder für das hohe Alter zu berechnen! Wer von den Angestellten hinterläßt denn bei einem Lebensalter von nahezu 60 Jahren noch bezugsberechtigte Waisen? Nein! Um ein richtiges Bild von den Leistungen der Angestelltenversicherung zu gewinnen, muß man ehrlicherweise mit erheblich kürzerer Versicherungsdauer rechnen. Dann aber erhält man ganz schlagliche Resultate.

Wo aber bleibt das Geld? Das Reich braucht es für die Durchführung der Verwaltung. Von einer Selbstverwaltung der ganzen Versicherung durch die Angestellten ist keine Rede. Das Direktorium der neugedachten Reichsversicherungsanstalt wird vom Kaiser ernannt. Die übrigen Beamten, in deren Händen die Geschäfte liegen, ernannt der Reichsstaatskanzler. Ein neues Schiedsgericht sowie ein Oberchiedsgericht soll geschaffen und von den Beiträgern der Privatangestellten bezahlt werden. Das Reich zahlt keines Pensions, die Angestellten aber haben

trodem nichts zu sagen. Im Verwaltungsausschuss können, nicht müssen, sie gutachtlend gehört werden. Die ganzen Verwaltungsbestimmungen sind geradezu ein Hohlräum auf die Forderung nach freier Selbstverwaltung. Als ob die Angestellten zur Vertretung ihrer eigenen Interessen nicht reif wären, als ob sie die Fähigkeit zur Durchführung einer faumännlichen Verwaltung nicht besäßen. Die Angestellten bedanken sich bestens dafür, als Dekoration zu gelten und Beiträge zu bezahlen, damit noch eine größere, in bürokratischem Formelkram erstickende Zahl von Reichsbeamten untergebracht wird.

Warum findet der Hauptauschuss kein Wort der Empörung, kein Wort der Entrüstung gegen diese unbegründete Rechtsverweigerung? Der Hauptauschuss ist mit dem Entwurf einverstanden; deshalb die Taktik auf dem Dritten Deutschen Privatangestelltenstag. Die Tagung sollte zeigen, daß die Privatangestellten den Gehaltswort als brauchbare Grundlage anerkennen. Daß man hierzu die Vertreter der Freien Vereinigung, welche die Anhänger des Ausbaugebändens umfaßt, nicht gebrauchen konnte, ist klar. Darum gab man beiderlei Einlasskarten aus und kontrollierte jeden Einlassbegehrenden auf das allerpenalteste. Das ging soweit, daß der Reichstagsabg. Dr. Stresemann bekannt als warmer Befürworter der Sonderkasse, keinen Zutritt zur Tagung des Hauptauschusses bekommen konnte. Er gab den Kampf gegen die Ordner, welche die Eintretenden kontrollierten, auf und verzichtete auf die Teilnahme am Dritten Deutschen Privatbeamtenstag.

Das Referat über Beiträge und Leistungen ließ man von einem Herrn halten, dessen Organ kaum ein Wohnzimmer zu füllen vermag und den infolgedessen niemand in einem Saale, der 4000 Menschen faßt, verstehen konnte. Man merkt die Absicht! Doch damit ist die Taktik des Hauptauschusses noch nicht genügend gekennzeichnet. Am Tage vor der Versammlung richtete man ein besonderes Anschreiben an die gesamte bürgerliche Presse und forderte sie auf, für die Zukunft keine Veröffentlichungen mehr zu bringen, die von der Freien Vereinigung und den ihr angehörenden Verbänden ausgehen. Gibt es überhaupt noch Worte, die ein solches Gebaren richtig kennzeichnen? Mann es mit der Nichtigkeit und Wahrheit einer Anschauung weit her sein, wenn man die Unterbindung der freien Meinungsäußerung von der gesamten bürgerlichen Presse verlangt? Der Hauptauschuss hat von den Angestellten die richtige Antwort erhalten. Der Dritte Deutsche Privatbeamtenstag war ein Schlag ins Wasser. Ueber die vorgelegte Entscheidung konnte nicht ordnungsgemäß abgestimmt werden, weil der größte Teil der Versammlungsteilnehmer trotz Eintrittskarten und Quarantäne ein Hoch auf die Freie Vereinigung ausbrachte. In langen Zügen gegen die Versammlungsteilnehmer zur Brauerei Hoppold in der Hakenbeide, wo in ungeschicklicher Weise die Freie Vereinigung eine Gegenanordnung veranstaltet worden war. Hier referierte der Kollege Vorschardt vom Verein der Deutschen Kaufleute, und es war freie Aussprache zugelassen. Der Zuwachs der Teilnehmer wurde immer größer, der Saal reichte nicht mehr aus und die Versammlung wurde in den großen Garten verlegt, wo die Diskussion unter freiem Himmel fortgesetzt wurde. Es sprachen der Reichstagsabg. Schmidt und Ingenieur Lüdemann, die die Mängel des Regierungsentwurfes kennzeichneten.

Besonders Aufsehen erregte es, als der Vorliegende der Sektion Berlin des Deutschen Werkmeisterverbandes, der dem Hauptauschuss

angeschlossen ist, erklärte, daß die Werkmeistervereine Berlin und der Umgegend nicht auf dem Boden der Entschließung des Hauptausschusses händeln, sondern mit der Freien Vereinigung den Ausbau der Invalidenversicherung fordern.

Die nachstehende Entschließung wurde von der Versammlung mit etwa 2000 gegen 5 Stimmen angenommen:

„Die von der Freien Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangehörigen“ am 19. Februar 1911 in Berlin nach der Brauerei Doppelst einberufene Versammlung protestiert dagegen, daß der Hauptausschuss die von ihm am gleichen Tage stattfindende Versammlung mit der irreführenden Bezeichnung „Privatbeamten-Tag“ belegt; daß man doch die große Mehrzahl der Berliner Privatangehörigen von der Tagung des Hauptausschusses ausgeschlossen. Die im Entwurf vorgeschlagene Selbstverwaltung kann die Privatangehörigen nicht betreffen. Die von der Freien Vereinigung einberufene Versammlung verlangt nach wie vor den Ausbau der Invaliden-Versicherung, da der Entwurf zeigt, daß mit einer Sonderklasse die Wünsche der Privatangehörigen nicht erfüllt werden können. Der Entwurf des Versicherungsgesetzes für Angestellte entspricht weder den Erwartungen der Privatangehörigen, noch den Forderungen, die ihnen im Reichstag und in der Denkschrift des Reichsanwalts des Innern vom 11. Juli 1908 gemacht worden sind. Die im Entwurf vorgeschlagenen Leistungen sind viel zu niedrig und bleiben ganz beträchtlich hinter den bestehenden Wünschen der Angestellten zurück. Die geringfügigkeit der Leistungen muß umso mehr enttäuschen, als die Höhe der Beiträge die Grenze dessen erreicht — in den unteren Klassen sogar überschreitet — was die Klasse der Angestellten ohne bedenkl. Einschränkung der Lebenshaltung für eine staatliche Zwangsversicherung aufzubringen vermag.

Statt der erwarteten und versprochenen Selbstverwaltung ist in dem Entwurf eine durch und durch bürokratische und entsprechend kostspielige Verwaltung vorgesehen. Gegen diese Verweigerung jedes maßgeblichen Einflusses der Versicherten muß besonders nachdrücklich protestiert werden, weil die gesamten Kosten von den Beteiligten selber getragen werden sollen. Der Entwurf versagt also gerade in den Punkten, die bisher als die größten Vorzüge der Sonderklasse hingestellt wurden. Dazu kommen andere Mängel, wie namentlich die Unmöglichkeit einer einwandfreien Abgrenzung des Personenkreises. Das beweist, daß eine den Erwartungen der Angestellten entsprechende Lösung der Frage durch eine Sonderklasse nicht möglich ist. Demgegenüber zeigt die staatliche Invalidenversicherung, daß im Rahmen der allgemeinen Versicherung bei niedrigeren Beiträgen und anderen Berechnungsgrundlagen die gleichen oder höhere Leistungen zu erzielen sind.

Da somit die Grundlagen des Entwurfes verfehlt sind, fordert die Freie Vereinigung erneut die Erfüllung der Wünsche der Angestellten durch den Ausbau der Invalidenversicherung bei Gelegenheit der Reichsversicherungsordnung.“

Der Kampf um eine bessere Versorgung im Alter und im Invaliditätsfalle beginnt, nach den jetzigen Vorgängen zu urteilen, von neuem. Für die Arbeiterkassen gilt es aufzuwachen, damit sie bei einem Ausbau des Invalidenversicherungsgesetzes nicht leer ausgeht.

□ Wie sehen wir zum Arztstreit in der Arbeiterversicherung?

(Fortsetzung.)

Beide Parteien haben nun seit Jahren versucht, durch statistisches Material ihre Ansicht zu belegen. Wer diese Zahlen liest, dem kommt das bekannte Wort in den Sinn von der Statistik als einer geilen Dirne. Wer sie ergreift, der hat sie. Hat irgendwo eine Klasse freie Arztwahl eingeführt und danach mit einem Defizit abgeschlossen, so haben die Klassenverwaltungen bald geföhren: Seht ihr, das hat die freie Arztwahl getan! Der sozialdemokratische Arzt Dr. Freudenberg in Berlin hat aber bereits 1903 seinen roten Genossen schlagend nachgewiesen, daß diese Beweisführung unsinnig ist. Meist sind es ganz andere Umstände, die das Defizit oder den Ueberfluß einer Klasse herbeiföhren: günstige oder ungünstige Witterung, gute oder schlechte Geschäftszelt, spezielle oder allgemeine Wirtschaftskrisen, Veränderungen in der Zusammensetzung des Mitgliederstandes, viele oder wenige Frauen, jüngere oder ältere Mitglieder.

Wir sind an der Hand reichen Materials an die Prüfung gerade dieser Frage herangegangen und müssen sagen: Es ist bewiesen, daß die freie Arztwahl meist etwas teurer ist als das System der Klassenärzte. Es ist aber nicht bewiesen, daß sie den Klassen unerträgliche Lasten auferlegt; es ist ebensowenig bewiesen, daß der schlechte Stand einzelner Klassen irgend etwas mit dem Arztstreit zu tun hat. Dagegen liegen viele Zeugnisse vor von Klassen, die die freie Arztwahl haben und nur gut damit zutieren: Wir zitieren:

Ortskrankenkasse der Maschinenarbeiter Berlin. Jahresbericht 1909. (Die

Kasse hat seit 18 Jahren die organisierte freie Arztwahl.)

„Nachdem nunmehr am 31. Dezember 1910 die Gültigkeitsdauer des Vertrages ihr Ende erreicht und die am 1. Januar 1892 eingeföhrt freie Arztwahl sich für die diesseitige Klasse als das beste Arztsystem für die erkrankten Mitglieder bewährt hat, sind wir der Ansicht, daß dieses System von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist und zurzeit das Vollkommenste darstellt, so daß die Beibehaltung der freien Arztwahl nach unserm Dafürhalten außer Frage steht.“

Ähnlich spricht sich die Ortskrankenkasse Solingen im Solinger „Kreis-Intelligenzblatt“ vom 22. November 1909 aus, indem sie besonders hervorhebt, wie durch die Vertrauenskommission das Simulantenunwesen glücklich bekämpft worden sei.

Die Ortskrankenkasse Weimar sagt in ihrem Jahresbericht zum 25jährigen Bestehen von der seit acht Jahren eingeföhrt freien Arztwahl: „Es ist die erfreuliche Tatsache zu verzeichnen, daß die Mitglieder durch die freie Arztwahl sich befriedigt fühlen und daß die Kasse trotzdem nach der Vermögensseite erprießliche Zunahme erfahren hat.“

Am meisten irehen aber gegen die sozialdemokratischen Ortskrankenkassen die Erfahrungen, die die sozialdemokratische Klasse in Leipzig gemacht hat. Leipzig hatte bis 1904 das System der beschränkten Arztwahl und wollte damals Bezirksärzte fest anstellen. Es kam zu einem großen Konflikt mit den Leipziger Arztkommissionen, und das Ende war, daß die Aufsichtsbehörde und die Amtshauptmannschaft in Leipzig den Klassenvorstand außer Funktion setzten und über den Kopf desselben hinweg einen Vertrag mit den Ärzten abschlossen, der die Einführung der organisierten freien Arztwahl bedeutete. Noch jahrelang hat die sozialdemokratische Partei in Leipzig mit den Gewerkschaften gegen diesen Vertrag gekämpft. Große Petitionen mit 60 000 bis 70 000 Unterschriften wurden an die Behörden gesandt, und es wurde ein sogenannter „Sanitätsverein“ gegründet. Leipzig hatte nämlich bis dahin die Familienversicherung. Da diese eine freiwillige Leistung ist, hatte der Klassenvorstand während des Kampfes mit den Ärzten diese Leistungen eingeföhrt. Damit aber daraus den Mitgliedern kein Schaden erwachsen sollte, gründete man den Sanitätsverein, der für einen geringen Beitrag den Mitgliedern die Familienversicherung leisten sollte. Daß dieser Sanitätsverein nach wenigen Jahren vor dem Bankrott stand, sei nur nebeher erwähnt. Der der Klasse von der Aufsichtsbehörde aufgewungene Vertrag lief nun Ende 1910 ab. Die Kasse im Streit gegen die freie Arztwahl, vor allen Dingen die sozialdemokratischen Krankenkassen hofften, die Leipziger Kasse würde die freie Arztwahl wieder abschaffen. Die sozialdemokratische Verwaltung dieser Klasse dachte aber nicht daran, sondern hat in allen wesentlichen Punkten denselben Vertrag freiwillig erneuert, den ihr die Behörde 1904 aufgewungen hat. Darüber große Erregung bei den übrigen sozialdemokratischen Krankenkassen. Es wurde der Ortskrankentag nach Regensburg einberufen, auf dem als Kaser im Streite gegen die freie Arztwahl besonders die Kölner Krankenkassen auftraten. Die Leipziger Delegierten dagegen redeten einer sachgemäßen Prüfung der Arztforderungen das Wort. Darauf regnete es Angriffe gegen den „Genossen“ Bollender, den „unkrönten König der Leipziger Ortskrankenkasse“. Das veranlaßte die Klasse, eine längere Rechtfertigung ihres Standpunktes in der „Leipz. Volksztg.“ zu veröffentlichen, die einfach eine Vernichtung bedeutete für die Gegner der freien Arztwahl. Wir geben daraus nur einen Satz wieder: „Die Wahrheit ist, daß die Leipziger Ortskrankenkasse ihren Mitgliedern Leistungen bietet, wie keine andere Ortskrankenkasse Deutschlands, und zwar trotz und mit dem jetzigen Arztsystem.“

Wer aber die oben aufgeführten Gründe des Ortskrankentagesverbandes gegen die freie Arztwahl liest, dem muß es auffallen: Immer wieder wird geredet von der Simulation der Arbeiter. Der freigewählte Arzt könne die Arbeiter nicht zur „Arbeit zwingen“; der Arzt gerate in eine „Abhängigkeit von einzelnen Klassenpatienten“; er müsse sich „willfährig“ zeigen usw. usw. Aus jeder Bemerkung lauert ein geradezu riesengroßes Mißtrauen gegen die Klassenmitglieder heraus. Wenn man das so liest, könnte man glauben, das alles habe Herr Bued oder Herr Fanzler oder ein anderer Schachmacher geschrieben. Und doch sind es waschechte Sozialdemokraten, die plötzlich so als Verächter der Masse auftreten. Es ist sogar Herr Julius Fräsdorf in Dresden, der sonst nicht zu den beschränktesten Geistern in seiner Partei ge-

hört, aber in dieser Sache die Führung hat. Daß es in den Krankenfällen Simulanten gibt, ist natürlich ebenso sicher, wie daß solche Brüder auch in der Unfallversicherung nicht fehlen. Und daß diese Simulation bekämpft werden muß gerade im Interesse der ehrlichen Arbeiter, damit ist niemand mehr einverstanden als wir. Aber dagegen möchten wir Protest einlegen, wenn in allgemeinen Wendungen die übergroße Mehrzahl der Krankenfällenmitglieder als Simulanten und Schwinder betrachtet werden. Wenn die Klassenvorstände mit Schrecken sehen, daß die Ärzte von den Klassenmitgliedern abhängig sind, um wieviel schrecklicher ist es dann, daß die Klassenvorstände selbst noch weit mehr abhängig sind von dem Wohlwollen der Klassenmitglieder! Denn wer wählt die Klassenvorstände? Doch nur die Mitglieder. Freilich, das sind jene Mitglieder, die eine große rote Scheuklappe vor den Augen haben. Denn wenn die Leute auch nur einen Schimmer davon hätten, wie ihre Klassenvorstände über sie denken, würden sie die Vorstände zum Teufel jagen.

Einer unserer bestbekanntesten großindustriellen Schachmacher in Süddeutschland hat einmal im Privatgespräch den Ausdruck getan: „Die Sozialdemokraten haben auf allen Gebieten Unrecht; nur die sozialdemokratischen Krankenkassen im Kampfe gegen die Ärzte haben Recht.“ Daber kommt es denn auch, daß die Betriebskrankenkassen mit den sozialdemokratischen Ortskrankenkassen hier an einem Strange ziehen. „Die Seelen finden sich zu Wasser und zu Lande.“ Wenn jemand die Zeit hätte, alles was von den Klassenvorständen geschrieben steht, eingehend durchzustudieren, er würde einen Haufen von Zitaten zusammenbringen, die sich gegen Arbeiter richten. Man könnte mit ihnen das Geschreibsel der sozialdemokratischen Presse für Monate lang einfach erdrücken. Wir geben nur einige Sätze. In der schon erwähnten Denkschrift des Ortskrankentagesverbandes wird durchaus zustimmend die Neuerung eines Sanitätsrates Dr. Fernbach aus Zaukerode zitiert, worin dieser Herr gesagt hat, die freigewählten Klassenärzte müßten um die Gunst des Publikums „buhlen“, müßten in den „Anipulosellen des Volkes“ verkehren; ein „hamdsumwürdiges Treiben“ entbehre. Dort wird fernerhin folgendes zitiert: Die Ärzte kämen unter die „Fuchtel der Klassenmitglieder“. Sie kämen in „Abhängigkeit von Arbeitern, von Leuten, die an Bildung tief unter uns stehen“. „Sobald nur ein Arbeiter winkt, zerfließt der junge, nach Praxis jagende Herr Kollege vor Dienstbeflissenheit. Und während man früher eine hysterische Frau auch einmal mit einem Rezept beruhigen konnte, ist man jetzt genötigt, sie, so oft ein Anfall eintritt, bei Nacht und Nebel zu besuchen.“ „Die freie Arztwahl hat einen neuen Tpus des Klassenrates geschüht, den fulanten ärztlichen Geschäftstreiben, der sich gesellschaftlich und politisch bei dem Massenpublikum beliebt macht, und der wieder auf gute Behandlung, noch auf hohen Lohn, sondern nur darauf sieht, daß es die Masse bringen muß.“ (Schluß folgt.)

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 24. Februar 1911.

Die gestrige Zentralratsitzung wurde eingeleitet mit einem kurzen Referat des Verbandsvorsitzenden Kollegen Goldschmidt über die Reform des Arbeitsrechts. Die von Dr. Fleisch Frankfurt a. M. auf dem Verbandstage aufgestellten Leitätze waren generell genehmigt worden, mußten aber im einzelnen noch beraten werden. Das Ergebnis dieser Beratungen lag dem Zentralrat vor und wurde von Referenten zur Annahme empfohlen mit einigen von Dr. Fleisch nachträglich gemachten Änderungsorschlägen. Die Annahme erfolgte einstimmig. Die Leitätze werden demnächst im Organ eingehend besprochen, und es wird durch Eingaben an die Behörden danach gestrebt werden, die darin aufgestellten Forderungen zu verwirklichen. Es folgte sodann eine kurze Besprechung über den Gesetzentwurf betr. die Aufhebung der freien Hilfskassen. Die Angelegenheit ist im „Gewerbderein“ bereits eingehend behandelt worden. Es hat auch schon eine Konferenz mit unseren Klassenpraktikern stattgefunden, die empfiehlt, mit einer Eingabe an den Reichstag heranzutreten und zu veruchen, die dem Entwurf anhaftenden Mängel zu beseitigen und einige von uns aufgestellte Forderungen hineinzubringen. Dieser Antrag soll Folge geleistet werden.

Neben den vierteljährlichen Arbeitslorenzählungen soll auf Anregung des Kaiserlichen Statistischen Amtes jetzt auch eine monatliche Zählung stattfinden und außerdem eine vierteljährliche nach den einzelnen Landessteifen. Trotz der großen Mehrarbeit für die Leitungen den

Gewerksvereine soll diesen empfohlen werden, diese Forderungen mitzunehmen und den Ortsvereinen die notwendigen Anweisungen zu geben.

Es folgte sodann der Bericht des geschäftsführenden Ausschusses. Zur Kenntnis genommen wurde zuerst eine Resolution des Generalrats der Fabrik- und Handarbeiter, die sich auf die Erörterungen in der letzten Zentralratsitzung bezieht. Sodann wurde mitgeteilt, daß dem Gewerksverein der Deutschen Frauen und Mädchen ein größeres Legat zugefallen ist. Es sollen die erforderlichen Schritte eingeleitet werden, um dem genannten Gewerksverein den ihm zukommenden Betrag zu sichern. Kurz gestreift wurde auch die Bewegung der Schuhwarenarbeiter in Weissenfels und einige Vorgänge in den Steinbruchsbetrieben Mitteldeutschens. Den Schluß der Sitzung bildete der Jahresbericht des Kollegen Ersten über seine Tätigkeit vor dem Reichs-Verwaltungsamt. Dieser Bericht wird in nächster Zeit ausführlich im „Gewerksverein“ veröffentlicht.

Die Bündlerparade, wie man die Generalversammlung des Bundes der Landwirte bezeichnet, hat diese Woche in Berlin stattgefunden und sich nur unwesentlich von ihren Vorgängerinnen unterschieden. An 10 000 Personen, darunter zahlreiche Damen, haben daran teilgenommen, so daß der Fiskus Aufschuß nicht ausreichte und der vornehmere Sportplatz gemietet werden mußte. Als Hauptredner traten die Herren v. Wangenheim, Köpcke, Dr. Gahn, Dr. Dertel und v. Oldenburg. Januschau auf, die mit ihren demagogischen Mäxchen ungeteilten Beifall erzielten. Dieser Beifall war um so stärker, je mehr die Reden von antijewischen Späßen durchsetzt waren. Die Minister kamen diesmal recht glimpflich davon; tun sie doch auch alles, was den Agramern wohlgefällig ist. Weidlich geschimpft dagegen wurde auf den Hansabund, den Deutschen Bauernbund und alles, was mit dem Liberalismus irgendwie im Zusammenhang steht. Die Reichsfinanzreform wurde als eine staatszerstörerische Tat gefeiert und dem schwarz-blauen Block begeisterte Lobeshymnen gesungen. Um den Mittelstand zu fördern, hatte man auch einen Bezirksführermeister kommen lassen, der ein recht inhaltloses Referat über ländlichen und städtischen Mittelstand hielt.

Aus dem Tätigkeitsbericht ist die Tatsache interessant, daß der Bund im vergangenen Jahre 11 000 neue Mitglieder gewonnen hat. Dazu müßten aber 10 800 Veranlassungen abgehalten werden. Der agitatorische Erfolg ist also alles andere als glänzend. Auch sonst konnte man sich trotz allen Surrens und Beifallsstürmen des Eindrudens nicht erwehren, daß die ganze Veranstaltung stark von den besorgenden Reichstagswahlen beeinflusst war, denen man offenbar mit recht bangen Gefühlen entgegensteht. Selbst der edle Januschauer meinte ahnungslos, daß vielleicht mancher Verteiliger der Bündlerfabrik auf der Strecke bleiben wird. Wenn Herr v. Oldenburg noch nie recht gehabt hat, mit dieser Bemerkung hat er jedenfalls den Nagel auf den Kopf getroffen. Das Volk wird mit den Lebensmittelverteuern bei den Reichstagswahlen gründlich Abrechnung halten, und was wir dazu tun können, das wird geschehen, um den Bündlern und ihrem politischen Trotz eine möglichst vernichtende Niederlage beizubringen.

Arbeiterbewegung. Die Zahl der feiernden Schuhwarenarbeiter in Weissenfels beläuft sich bisher auf rund 3000, die in 50 bis 60 Betrieben beschäftigt waren. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Zahl der Arbeiter in den nächsten Tagen sich noch erheblich steigern wird. In einer Anzahl von Betrieben, die dem Arbeitgeberverbande nicht angeschlossen sind, sind die Forderungen der Arbeiter bewilligt und die Arbeit deswegen nicht eingestellt worden. — Die städtischen Arbeiter in Stolberg haben nach kurzem Streik eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen erzielt. In allen Betrieben, wo die Arbeitszeit noch länger war, wurde sie auf 10 Stunden herabgesetzt; außerdem wurde eine Regelung der Lohnverhältnisse herbeigeführt und ein dreitägiger Urlaub nach zweijähriger Dienstzeit festgelegt. Zur Klärung von Differenzen wurde eine Kommission eingesetzt, die zu gleichen Teilen aus Arbeitern und Vertretern der Stadtverwaltung zusammengesetzt ist. — In Breslau sind die Holzbildhauer wegen Lohnhöherforderungen in den Streik getreten. — Die Bautischer in Eriegniß sind ausgeperrt worden, nachdem die Verhandlungen über einen neuen Lohnvertrag an dem Widerstande der Unternehmer gescheitert sind. — Die Aussperrung der Kürschner in Leipzig und seinen Vororten scheint ihrem Ende entgegen zu geben. Es haben

bereits Verhandlungen vor dem Gewerbegericht stattgefunden, die schließlich dazu geführt haben, daß ein neuer Tarifentwurf heraten worden ist, der sich im wesentlichen auf dem alten aufbaut. Die Bestimmung, daß organisierte Arbeiter nur bei organisierten Unternehmern arbeiten und organisierte Unternehmer nur organisierte Arbeiter beschäftigen dürfen, ist aus dem neuen Tarifentwurf entfernt. Die endgültige Entscheidung, ob der Entwurf von den streitenden Parteien angenommen wird, muß in den nächsten Tagen fallen.

Obgleich die Behörden gegen die an der passiven Resistenz beteiligten Angestellten und Beamten in Triest mit aller Strenge vorgehen, dauert die Bewegung doch fort, da auch die zum Erlaß beorderten Beamten sich der passiven Resistenz anschließen. — Zur Einführung der neunstündigen Arbeitszeit haben in Lüttich (Belgien) die Buchdrucker und Lithographen in einigen Betrieben die Arbeit eingestellt, worauf die Unternehmerorganisation sämtliche Arbeiter ausperrte. — Auf den schottischen Bergwerken fordern die Maschinisten den achtstündigen Arbeitstag und wollen bei Ablehnung ihrer Forderung in den Ausstand treten. Sollte es dahin kommen, so würden alle schottischen Gruben, die über 90 000 Arbeiter beschäftigen, zum Stillstand gebracht werden. — Die Cassonarbeiter im Hafen von Cherbourg wünschen eine Aufbesserung ihrer Löhne und sind, da dieselbe abgelehnt wurde, in den Ausstand getreten, der leicht weitere Kreise ziehen kann.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Januar weist nach dem „Reichsarbeitsblatt“ keine erheblichen Unterschiede gegenüber dem Vormonat auf. In den Industrien, die vom Weihnachtsgeschäft abhängen, ist naturgemäß ein erheblicher Rückgang zu beobachten. Die Lage des Baugewerbes wird als der Jahreszeit entsprechend ruhig, aber im allgemeinen befriedigend bezeichnet. Auf dem Ruhrkohlenmarkt ist nach der Besserung der beiden Vormonate eine Abwärtswendung eingetreten. Im Saarrevier ist die Förderung nur wenig gegen den Vormonat zurückgeblieben. In Oberschlesien lag der Kohlenmarkt noch ziemlich schwach. Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau war die Beschäftigung der Werke im allgemeinen befriedigend. In der rheinischen Bricketfabrikation war der Beschäftigung im ganzen nicht schlecht. Die Metallindustrie wird teilweise ungünstig beeinflusst von der Unfallsicherheit, die über das Zustandekommen der Syndikate herrscht. Die Lage der Maschinenindustrie befriedigte im allgemeinen. In der Textilindustrie waren die Baumwollspinnereien noch immer recht unbefriedigend beschäftigt; auch die Lage der Tuchindustrie läßt viel zu wünschen übrig. Der Geschäftsgang der elektrischen Industrie war befriedigend, auch die chemische Industrie hatte gut zu tun. Die Lage des Kalimarktes wird weiter günstig beurteilt.

Nach den Berichten der Krankenkassen hat der Beschäftigungsgrad, wie meist um diese Jahreszeit, jedoch etwas stärker als im Vorjahre im Laufe des Januar weiter nachgelassen; dies ist zum Teil auf das Baugewerbe und das nach Beendigung des Weihnachtsgeschäfts weniger Leute brauchende Handelsgewerbe zurückzuführen. Es ergab sich am 1. Februar 1911 gegenüber dem 1. Januar eine Abnahme der versicherungspflichtigen Mitglieder abzüglich der Kranken von insgesamt 42 555 (39 797 männlichen und 2758 weiblichen Mitgliedern). Gegenüber dem 1. Januar ist der Beschäftigungsgrad der männlichen Personen von 100 auf 99 gesunken, während der der weiblichen Personen derselbe geblieben ist.

Im Gegensatz zu den Krankenkassenziffern ergeben die Arbeitsnachweisziffern eine scheinbare Besserung gegenüber dem Dezember und dem Januar des Vorjahres. Bei der Gesamtzahl der berichtenden Arbeitsnachweise, für welche vergleichbare Angaben vorliegen, kamen nämlich im Januar 1911 auf je 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 196, bei den weiblichen Personen 90 Arbeitsgesuche gegen 218 bzw. 100 im Dezember und 254 bzw. 98 im Januar 1910.

Die Lage des Berliner Arbeitsmarktes verschlechterte sich gegen den Vormonat weiter, gegen Januar 1910 hatte sich jedoch für männliche Arbeiter der Beschäftigungsgrad erheblich gebessert, für weibliche Arbeitskräfte war er auf derselben Höhe geblieben. In Schleswig-Holstein, Lübeck und Hamburg war die Erwerbsmöglichkeit für ungelernete Arbeiter ungünstiger als im Vorjahre, in dem starke Schneefälle Arbeitsgelegenheit schafften. Aus dem Rheinland wird berichtet, daß der Geschäftsgang gegenüber dem Dezember wenig Veränderung aufweist. Der Bericht

über den Arbeitsmarkt in Hessen und Hessen-Nassau stellt eine Besserung gegenüber früheren Jahren fest, die auch dadurch zum Ausdruck kommt, daß die Städte erst später als sonst mit Notstandsarbeiten beginnen. In Bayern, Würtemberg und Baden läßt sich eine Besserung des Beschäftigungsgrades bemerken.

Die Einnahmen aus dem Güterverkehr deutscher Eisenbahnen betrugen im Januar 136 697 404 Mark, d. h. 10 589 824 Mark mehr als im gleichen Monate des Vorjahres. Das bedeutet eine Mehreinnahme von 171 Mark oder 6,98 v. H. auf 1 Kilometer.

Einen neuen Lügenfeldzug eröffnen, wie nicht anders zu erwarten war, die Verbände gegen den Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter anlässlich der Vorgänge bei der Firma Heidenreich u. Garbel in Hamburg. Die „Metallarbeiter-Zeitung“ druckt einen langen, schon am 12. Februar in dem sozialdemokratischen Hamburger „Echo“ veröffentlichten Artikel ab, der von Unwahrheiten strotzt und unseren Kollegen Neumann in Hamburg als Streikbrecheragenten hinzustellen sich bemüht. Die ganze Schilderung der Vorgänge in dem fraglichen Artikel ist, wie gesagt, un wahr. Kollege Neumann hat in seiner Veranlassung nicht erklärt, die Gewerksvereiner könnten noch nicht in den Ausstand treten, weil noch keine Antwort vom Generalrat da sei und man möge bis zum 3. Februar warten. Wahr ist vielmehr, daß der Kollege auf das Ansuchen, die Gewerksvereiner sollten sich blindlings mit den Maßnahmen der Verbände einverstanden erklären, den Vorschlag machte, zunächst den Arbeiterausschuß unter Hinzuziehung eines Gewerksvereiners oder die Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes unter Hinzuziehung eines Gewerksvereinsvertreters nach der Firma zu senden, um eine gültige Lösung des Konfliktes zu versuchen. Darauf erwiderte der Verbändler Richter: „Wir lassen uns doch von Ihnen keine Vorschriften machen; machen Sie was Sie wollen.“

Auch die übrige Darstellung stimmt nicht. Denn es ist un wahr, daß ein Gewerksvereiner irgendwann nach Berlin gefahren ist, um Streikbrecher zu holen. Was das Inserat im „Regulator“ betrifft, so muß bemerkt werden, daß für uns in Hamburg keine Sperre besteht; für die Verbänder offenbar auch nicht, denn wir haben in der „Metallarbeiter-Zg.“ bisher vergeblich danach gesucht. Im übrigen fallen ja die auf das Inserat bezüglichen Betrachtungen in sich selbst zusammen, da die dem Kollegen Neumann unterworfenen Behauptungen un wahr sind.

Dies zur Charakteristik der Kampfweise der Verbänder! Mögen sich im übrigen dieselben ge jagt sein lassen, daß sowohl in Hamburg wie auch anderswo Brot für alle Arbeiter gebaden wird und nicht nur für die „Genossen“!

Das böse Gewissen läßt den Agramern keine Ruhe mehr. Das merkte man nicht allein an den Reden im Sportpalast in Berlin, sondern das zeigt auch ein Antrag, den der Graf v. Mirbach-Sorquitten mit Unterstützung von mehr als 100 Freunden im preußischen Herrenhause gestellt hat. Darin wird die Staatsregierung ersucht, in geeigneten, insbesondere kleineren Organen eine offizielle, gemeinverständliche Darstellung des Inhalts der Reichsfinanzreform von 1909 zu geben, sowie der durch die Steuererhöhungen bedingten Preiserhöhungen im Gebiete der Konsumteuern“. Begründet wird der Antrag wie folgt:

Obwohl der reelle Handel hinsichtlich der von der Reichsfinanzreform von 1909 betroffenen Waren zweifellos nur die durch die Steuererhöhungen bedingten Preiserhöhungen zuzüglich eines berechtigten geringen Zuschlages für erhöhte Geldanlagen beim Einkauf hat eintreten lassen, so bestehen im Gegenjate dazu doch noch lebhaft und berechtigte Klagen darüber, daß vielfach auch ganz unberechtigte Preiszuschläge gefordert werden. Wenn im Gegenjate zu dieser Tatsache früher angenommen worden ist, die Konkurrenz würde Abhilfe schaffen, so ist diese Erwartung leider nicht in Erfüllung gegangen. Es darf ferner nicht übersehen werden, daß das Publikum nicht selten auch über den Umfang der von der Reichsfinanzreform betroffenen Waren getäuscht wird. Eine gemeinverständliche Aufklärung seitens der staatlichen Organe liegt im berechtigten Interesse sowohl des Publikums wie der königlichen Staatsregierung.

Wenn nicht mit diesem Antrage ein besonderer Zweck von jener Seite verfolgt würde, wäre er vollständig überflüssig. Denn wie sehr die neuen Steuern das Volk drücken, fühlt es am eigenen Leibe. Aber wie gesagt, man hat einen Neben Zweck, der offenbar dahin geht, die Schuld von den Vätern der Finanzreform auf den Söndel abzuwälzen und damit die Stimmung bei den Wahlen zugunsten des schwarz-blauen Blocks zu verbessern. Graf Mirbach mag sich beruhigen. Sein Söndelstück wird, selbst wenn die Regierung auf seinem

Antrag eingeht, keinen Erfolg haben. Originell an dem Antrage ist die Forderung, daß die „offizielle gemeinverständliche Darstellung“ in „geeigneten, insbesondere kleineren Organen“ veröffentlicht werden soll. Was für Zeitungen damit gemeint sind, ist klar. Die unabhängige deutsche Presse verzichtet auf solche „offizielle“ Darstellungen über Dinge, die sie selbst zu beurteilen vermag. Es können also nur die Zeitungen sein, die an kleineren Orten und insbesondere auf dem Lande gelesen werden und die durch Inserate und auch sonst von den Agrariern und den Behörden abhängig sind. Diese Presse will man benutzen, um dem Volke über die Wirkung der Finanzreform blauen Dunst vorzumachen. Allzu viel Glück werden die Herren damit nicht haben. Die Bevölkerung ist auch heute auf dem flachen Lande bereits soweit aufgeklärt, daß sie nicht alles als bare Münze nimmt, was in den Kreisblättern gedruckt steht. Und die Herren vom schwarz-blauen Bloß mögen sich darauf vorbereiten, daß ihnen trotz aller offiziellen Darstellungen bei den nächsten Reichstagswahlen die Quittung überreicht wird auf die Rechnung, die sie dem deutschen Volke mit ihrer „Reichsfinanzreform“ aufgemacht haben.

Die 8. Volksvorstellung der Generalintendantur der Königl. Schauspiele in dieser Saison findet am Montag, den 27. Februar, abends 8 Uhr, im Neuen Königl. Operntheater (Kroll) statt. Zur Aufführung gelangt: „Vishéme“, Oper in vier Akten von Giac. Puccini. Der Billetverkauf erfolgt — wie bisher — in den bekannten Verkaufsstellen des Vereins für Volksunterhaltungen.

Gewertvereins-Teil.

Damburg. Am letzten Sonnabend fand hier eine gut besuchte Versammlung des Ortsvereins der Maschinenbauer statt, in welcher Kollege Schumacher Berlin über die Vorgänge bei der Firma Heidenreich u. Darbed referierte, mit denen wir uns in unserem Artikel: „Das alte Lied“ (Nr. 14) bereits beschäftigt haben. Nach gründlicher Aussprache fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die am 18. Februar 1911 in Damburg, Kaiser Wilhelmstraße 77, tagende Ortsversammlung des Gewertvereins der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter ist mit den bisher getroffenen Maßnahmen des Generalrats und des Ortsvereinsausschusses zur Wahrung der Rechte der Mitglieder und deren persönlicher Freiheit einverstanden.“

Die Arbeitsüberlegung der Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes bei der Firma Heidenreich u. Darbed in Damburg richtet sich nicht auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in diesem Betriebe, sondern auf die Verwirklichung der Mitglieder des Gewertvereins. Die Versammlung betrachtet dieses Verhalten als gegen die persönliche Freiheit gerichtet und als einen Raub der gesetzlich garantierten Koalitionsfreiheit. Dieses Verhalten ist um so verwerflicher, da es von organisierten Arbeitern getrieben wird, die die Freiheit als Schlagwort benutzen, um andersdenkende Arbeitkollegen in ihrem Rechtsempfinden zu knebeln.

Indem die Versammlung bestimmt erwartet, daß der Generalrat und alle Ortsvereinsausschüsse auch in

der Zukunft alle Angriffe gegen die Koalitionsfreiheit und Protollosmachung unserer Mitglieder abschlagen werden, sprechen die Verammelten den Gewertvereinskollegen, die gegen die Brutalität und Gewalttätigkeit der sozialdemokratischen Gewertschaften Front gemacht haben, ihre warmste Sympathie aus.“

Zaiflingen. In einer öffentlichen Versammlung des hiesigen Ortsvereins der Deutschen Textilarbeiter, die einen guten Besuch auch aus Bürgerkreisen aufwies, hielt Herr Pfarrer Walzen aus Bis an der Hand von Zeitungen einen hochinteressanten Vortrag über das Thema: „Gewertschaft und Weltanschauung“. Der Redner führte aus, daß die Organisation der Arbeiter von der öffentlichen Meinung wohl gebildet werde, daß sie aber mehr gefördert werden müsse. Denn der Zusammenschluß der Arbeiter in Berufsvereinen ist eine unerlässliche Vorbereitung, daß die Arbeiter zu einem menschenwürdigen Dasein gelangen und die wirtschaftliche und politische Entwicklung sich in friedlichen Formen vollzieht. Daß die Organisation der Arbeiter noch nicht in genügender Maße erfolgt ist, führte Redner darauf zurück, daß die Großindustrie noch zu jung ist, daß die Arbeitgeber der gewerttschaftlichen Organisation vielfach feindselig gegenüber stehen, und daß bei Lohnkämpfen häufig häßliche Vorkommnisse zu beobachten sind. Vor allen Dingen aber ist die Selbstsucht zu groß, und es fehlt an sozialen Pflichtbewußtsein. Diese Selbstsucht glaubt Redner am ehesten durch eine Weltanschauung überwinden zu können, deren Kern die Religion ist. Aber die Forderung der Religion dürfte nicht innerhalb der Organisation gelte werden, sondern müsse Aufgabe der konfessionellen Arbeitervereine sein. Von den verschiedenen Gewertschaftsrichtungen aber sollten die Christ- und Arbeitervereine eine freundliche Stellung einnehmen zu den evangelischen Arbeitervereinen, die ihre Weltanschauung vertreten; die Christlichen sollten auch einem freien Christentum freundlich gegenüberstehen und die „freien“ Gewertschaften auf volle Religionsfreiheit ihrer Mitglieder bedacht sein.

Redner erntete für seine Ausführungen lebhaften Beifall. Generell werden aber muß dazu, daß die Deutschen Gewertvereine stets den evangelischen Arbeitervereinen sympathisch gegenüber gestanden haben. Andererseits aber ist es auch notwendig, daß die evangelischen Arbeitervereine und Arbeiter gegenüber den Deutschen Gewertvereine dieselbe Stellung einnehmen. In dieser Beziehung bleibt leider aber noch sehr viel zu wünschen übrig, deshalb sollten auch die evangelischen Arbeiter die Worte, die in dieser Versammlung aus berufener Munde an sie gerichtet worden sind, beherzigen und danach handeln, indem sie in die Deutschen Gewertvereine eintreten und dadurch mitwirken an der Verwirklichung eines großen Kulturfortschritts, wie er Pfarrer Walzen vorzeichnet.

Verbands-Teil.

Warnung!

Sieben bekommen wir die Nachricht aus Duisburg, daß das frühere Mitglied E. Kose, P. u. S. Nr. 1955, welcher mit Jahreslohn wegen Heide getrieben werden mußte, in mehreren Orten Rheinlands und Westfalens auf Grund seines Leittungsbuches die Ortsvereins- resp. Ortsverbandskassierer zu brandstücken versucht. An mehreren Stellen ist es ihm schon gelungen, Beträge zu bekommen.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß kein Kassierer berechtigt ist, Mitgliedern, welche ohne

Reiselegitimation des zuständigen Ortsvereinskassierers reisen, irgendwelche Vergünstigung oder Unterstützung auszugeben. Reistrende Beiträge dürfen überhaupt nicht vorhanden sein.

Der Hauptverband des Gewertvereins der Bildhauer und Stulpteure.

Bersammlungen.

Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewertvereine (G. u. V.), Verbandshaus der Deutschen Gewertvereine, Greifswalderstr. 221/23. Mittwoch, 1. März, abds. 8 1/2 Uhr, Diskussion über: „Die christlichen Gewertschaften“. Gäste sind herzlich willkommen. **Gewertvereins-Liebertafel (G. u. V.).** Jeden Donnerstag abds. 9—11 Uhr, Verbindungshaus d. Verbandshaus, der Deutschen Gewertvereine (Grüner Saal). Gäste willk. **Königsberg.** Abds. 8 1/2 Uhr, Vortragabend mit Damen im Vereinslokal bei Preuss, Dresdenstr. 10.

Orts- und Bezirksverbände.

Bromberg (Ortsverband). Sonntag, 26. Februar, nachm. 4 Uhr, Versammlung bei Woythaler (Holzbörse). Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht. **Cottbus (Diskussionsklub).** Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hanstein, Sandowwerstr. 42. **Duisburg (Diskussionsklub).** Jeden 1. u. 3. Sonntag im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Hagenkamp, Friedrich Wilhelmstraße, Diskussionsabend. **Halle (Ortsverband).** Jeden Montag, abds. von 9—11 Uhr, im Verbandshaus, Kurfürstenstr. 29, Sitzung. **Hildesheim (Ortsverband).** Jeden 1. Donnerstag im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, Vertreterabend bei Roggenkämper, Elberfeld, Eulienstr. u. Erlöhlungstr. 6. **Selbstheim (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverband. Vertreterabend, vormittags 10 Uhr, im Bezirkslokal E. Simon, Alter Markt. **Soest (Ortsverband).** Jeden 3. Sonntag im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, Diskussionsabend bei Rudewig, Halle a. S. (Ortsv.). Der Diskussionsabend, jeh. 1. Sonntag im Monat i. Passage-Rest. G. Braunhausstr. **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch, abds. 8 1/2 Uhr präz., im Hiltmanns Hotel, Koalstr., Diskussionsabend. **Hersfeld (Diskussionsklub).** Jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Bander, Döhr. **Köln (Diskussionsklub).** Sitzung jeden Mittwoch, abds. 9 Uhr, im Restaurant „Bater Kolping“, Eiserstraße. **Leipzig (Gewertvereins-Liebertafel).** Die Verbindungshaus finden jeden Mittwoch abds. 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und Nummernkarte Mitglieder sind herzgl. willkommen. **Mühlheim (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, Vertreterabend beim Wirt Joh. Müller, Sandstraße 88. **Stettin (Sängerkor der Gewertvereine).** Die Verbindungshaus finden jeh. Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Nebel, Köfstr. 5, statt. Stimmbegabte Kollegen sind herzgl. willk. **Stettin (Ortsverband).** Sonntag, 26. Februar, nachm. 3 Uhr, Verbands-Versammlung im Konzertsaal von Kaminski in Jähkow. Vortrag des Kollegen Groß über „Die Entstehung der Volkswirtschaft“. Nach der Versammlung: Sitzung der Musikvereinsmitglieder. **Ziegel (Diskussionsklub für Ziegel, Borsigwalde und Reinickendorf).** Sitzung jeden Dienstag Abend von 8 bis 10 Uhr bei Sechner, Berlinstr. 88. Gäste willkommen. **Weihenfeld a. C. (Vergangsabteilung der Gewertvereine).** Übungsabend jeden Mittwoch, abds. 8 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Vergangende Gewertvereinskollegen stets willkommen. **Weihenfeld (Diskussionsklub der Gewertvereine)** Jeden Mittwoch 9—11 Uhr Sitzung im Ref. „Schweizerhaus“.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Soziale Kommission der Deutschen Gewertvereine Groß-Berlins.

Dienstag, den 7. März 1911, abends 8 Uhr im großen Saale des Verbandshauses, Greifswalderstr. 221/23, **Großer Lichtbilder-Vortrag.**

„Wohnungsnot und Generalbebauungsplan in Groß-Berlin.“ Vortragender: Herr Pastor a. D. S. Köstke.

Eintritt frei! Garderobe 10 Pfg.

Berlin hat nach Paris die nächste Bebauung der ganzen Welt. Die Tuberkulose, die juchbare Volksseuche, erfordert in Berlin doppelt soviel Opfer, wie in dem viel größeren London. Tropdem ist die Terrainspekulation eifrig am Werke, die Wohnungsverhältnisse noch weiter zu verteuern und damit zu verschlechtern. Der Vortrag wird zeigen, wie es möglich ist, auch in Berlin bessere Wohnverhältnisse zu schaffen.

Darmm, Gewertvereiner, erhebt in Massen mit Euren Frauen!

Die Soziale Kommission der Gewertvereine Groß-Berlins. J. K. Paul Kräger.

Dormm (Ortsverb.). An durchreisende Kollegen wird eine Unterstüßung von 70 Pfg. gezahlt vom Kassierer Otto Kneiler, Mühlengasse 12. **Gera (Ortsverband).** Die Unterstüßung an durchreisende Gewertvereinskollegen wird ausgezahlt bei Franz Wagner, Gera, Bärens-gasse 11.

Wenn wir Sie sprechen könnten
 würden wir Sie über unser Gewertvereins- und Gewertvereins-Verfahren, das Sie durch direkteren Bezug aus unserer Fabrik, Günstigere Vorteile haben Spezialität: Erstklassige Neudruck in besserer Qualität zu unbilligeren Preisen. Versuchen Sie durch Postkarte Muster, wir werden Ihnen zeigen, wie leicht und ohne Kosten Sie unsere **Lehmann & Assmy, Spremberg** 6
 Große u. Beste Tuchfabrik Deutschlands sind.

Vereinbedarf, Fahnen, Abschehen, Theater, etc.
 Düsseldorf, Fahnenstr.

Dortmund (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Ortsbeitrag im Gewertvereinsbureau, Burgmundastr. 24. Außerdem erhalten dieselben durchreisende Former 75 Pfg. von der Formersektion. Auch der Arbeitsnachweis ist dort.

Thorn. Durchreisende erhalten Abendbrot, Nachlager und früh Kaffee beim Verbandskassierer W. Rowalowski, Thorn, Helligegeißstr. 7/9.

Reimsenau (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Unterstüßung. Markenausgabe beim Roll. R. Adam, Glogauerstr. 18. **Weihenfeld a. C. (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten Unterstüßungskarten beim Kollegen Fischer, Leipzigstr. 28.

Hamburg (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten für 2 Tage Unterstüßung. Bonus beim Ortsverbandskassierer J. G. Lom u. Altona, St. Johannisstraße 25 III und beim Kassierer der Maschinenbauer Otto Seebler, St. Pauli, Altonastraße 6 I.

Spottau-Culau (Ortsverb.). Durchreisende Gewertvereiner erhalten eine Unterstüßung von 75 Pfg. beim Verbandskassierer Kollegen S. Schiener in Spottau, Glogauerstraße 10. Arbeitsnachweis ebenfalls.

Essen (Ortsverb.). Durchreisende erhalten 75 Pfg. Unterstüßung. Markenausgabe beim Kollegen Fischer, Leipzigstr. 28.

Essen (Ortsverb.). Durchreisende erhalten 75 Pfg. Unterstüßung. Markenausgabe beim Kollegen Fischer, Leipzigstr. 28.